

Europas Schicksal

VON NIKOLAUS PIPER

Minuten vor Ablauf der Frist hat die neue griechische Regierung ihre Liste mit Reformversprechen nach Brüssel geschickt. Diese war immerhin konkret genug, um es den EU-Finanzministern zu erlauben, Griechenland weiter zu stützen. In der Sache ist damit zwar noch überhaupt nichts gelöst, aber beide Seiten haben erst einmal vier Monate Zeit gekauft. Bis Juni muss dann ein neues Hilfsprogramm stehen.

Zeit kaufen zu können, bedeutet nicht wenig in chaotischen Phasen wie diesen. Das Problem mit gekaufter Zeit ist nur, dass die Welt dann, wenn die Uhr abgelaufen ist, meist noch genauso aussieht wie vorher. Will sagen: Die Illusionen, die die Linkspopulisten von Syriza bei ihren Wählern erzeugt haben, stoßen sich immer noch mit dem, was die EU-Partner fordern und fordern müssen. Die Kluft zwischen den Hoffnungen des griechischen Volkes und dem, was die Experten – ob sie nun als „Troika“ firmieren oder nicht – für notwendig halten, bleibt riesig. Auf jeden Fall müssen die Politiker, muss auch die Öffentlichkeit noch einmal schonungslos die Alternativen abwägen, die es nach diesen vier Monaten geben wird.

Ein Venezuela in der Ägäis?

Man kann mit guten Argumenten dafür plädieren, dass Griechenland ohne Euro besser dran wäre als mit. Zwar wäre die erste Zeit nach einem Ausstieg für die Griechen chaotisch, aber für den Übergang hätte das Land noch einmal Anspruch auf die Solidarität der anderen Europäer. Langfristig könnte Griechenland mit einer abgewerteten Drachme leichter wieder wettbewerbsfähig werden.

Auch für die Euro-Zone insgesamt hätte es Vorteile, wenn sie einen chronischen Krisenherd los wäre. Anders als 2010 wäre heute auch nicht mehr zu befürchten, dass der ganze Währungsraum von der griechischen Krankheit angesteckt wird. Alle wissen, dass Griechenland ein Sonderfall ist, die Krisenländer Spanien, Portugal und Italien können im Ernstfall auf den Rettungsschirm der EU und die Nothilfen der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückgreifen. Finanzmarkt-Wetten auf den Austritt eines Landes aus dem Euro würden daher extrem teuer. Anders auch als 2010 haben die privaten Banken kaum noch griechische Schulden in ihren Büchern. 2012 schon erließen sie Griechenland gut 90 Prozent. Wenn das restli-

che Geld auch noch weg ist, mag das ärgerlich sein, aber nicht bedrohlich.

Etwas ganz anderes wären die langfristigen Risiken von *Grexit*. Der Ausstieg wäre ein Tabubruch. Viele Leute an den Devisenbörsen sähen den Euro-Raum nicht mehr als Währungsunion, sondern als System fester Wechselkurse, das man notfalls mittels Spekulation knacken kann. Die Gefahr ist heute nicht akut, aber niemand weiß, was in der nächsten Krise passieren wird. Daher wäre es nach einem *Grexit* zwingend, dass die Europäer massiv ihre gemeinsamen Institutionen stärken und so alle Zweifel ausräumen, dass sie es ernst meinen mit dem Euro.

Und dann ist es noch längst nicht ausgemacht, dass Griechenland außerhalb des Euro auch wirklich gesundet. Auch mit einer weicheren Drachme müsste Athen seinen Staatshaushalt sanieren, müsste die Verwaltung reformieren, müsste Angestellte entlassen und Firmen privatisieren – alles Dinge, die Syriza als „neoliberal“ verdammt hat. Wenn sich aber eine sozialistische Regierung „neoliberalen“ Reformen verweigert, wenn sie Geld ausgibt, das sie nicht hat, dann landet sie in einem System wie in Venezuela mit zweistelligen Inflationsraten und wachsenden sozialen Unruhen. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, um sich vorzustellen, welche Sicherheitsrisiken ein Venezuela in der Ägäis für den Rest Europas mit sich brächte – gelegen zwischen dem Balkan, der Türkei und dem Nahen Osten und ständig mit der Versuchung konfrontiert, Wladimir Putin um Hilfe zu bitten und so Europa weiter zu schwächen.

Also doch um Griechenlands Verbleib im Euro kämpfen? Sollten die Leute von Syriza in Wirklichkeit aussteigen wollen und nur noch auf der Suche nach einem Sündenbock sein – und einige Kritiker glauben, dass es so ist –, dann hätte sich die Frage von selbst erledigt. Wenn nicht, muss Syriza den entscheidenden Beitrag leisten, indem die Partei von den meisten Wahlversprechen Abschied nimmt. Ein erster Test wird die Art sein, wie sie ihren Brief an die EU den eigenen Wählern verkauft. Für die Europäer lohnt es sich, den Griechen entgegenzukommen, was Stil und Flexibilität betrifft. Aber die Grenzen dafür sind eng. Auch in anderen Staaten gibt es populistische Parteien nach dem Modell Syriza; am stärksten ist die spanische Bewegung „Podemos“. Sollten Europas Populisten zu dem Schluss kommen, dass es nur ein wenig Chuzpe braucht, um Geld von der EZB zu bekommen, dann flöge der Euro wirklich auseinander.